

























Übersicht der Antworten*

Frage	SPD	B90/Die Grünen	FDP
1. Wie wollen Sie die Lebensqualität queerer Menschen im Landkreis Meißen verbessern? Was tun Sie beispielsweise gegen die oftmals allgegenwärtige Diskriminierung, die Lsbtiq* Personen erfahren?			
2. Wie wollen Sie die Sichtbarkeit queerer Themen im Landkreis Meißen verbessern? Setzen Sie sich für eine Regenbogenbeflaggung öffentlicher Gebäude, beispielsweise am Christopher Street Day, als öffentlich sichtbares Bekenntnis zu sexueller und geschlechtlicher Vielfalt ein?			
3. Die kommunale Gleichstellungsarbeit ist primär auf die Gleichstellung von Männern und Frauen ausgerichtet. Wie stehen Sie dazu, diese Arbeit stärker für Lsbtiq* Belange zu öffnen und die Zusammenarbeit von kommunalen Gleichstellungsbeauftragten, Verwaltung und queeren Beratungsstellen zu intensivieren?			
4. Was wollen Sie tun, um eine sichere Unterbringung queerer Menschen mit Fluchterfahrungen im Landkreis Meißen zu gewährleisten? Setzen Sie sich für Personalschulungen in den jeweiligen Behörden und Geflüchtetenunterkünften ein?			
5. Was planen Sie, um Lsbtiq* Personen vor Gewalt und Hasskriminalität zu schützen? Werden Sie sich für einen niedrigschwelligen Zugang zu kommunalen Hilfestrukturen einsetzen?			
6. Inwieweit wollen Sie eine sichtbare, offene Kinder- und Jugendarbeit für Lsbtiq* Personen im Landkreis Meißen schaffen und/oder Begegnungsräume erhalten und ausbauen?			
7. Setzen Sie sich für die Einführung von Unisex-Toiletten, beispielsweise in der eigenen Verwaltung, ein?			
8. Wie stehen Sie zu geschlechtergerechter Sprache?			

*wir haben alle Geschäftsstellen von CDU, SPD, FDP, Die Linke, B90/Die Grünen angeschrieben, aber nicht von allen eine Antwort erhalten.

SPD Kreisverband Meißen

1. Wie wollen Sie die Lebensqualität queerer Menschen im Landkreis Meißen verbessern? Was tun Sie beispielsweise gegen die oftmals allgegenwärtige Diskriminierung, die Lsbtiq Personen erfahren?*

Als Sozialdemokrat:innen stehen wir dafür: Menschen dürfen nicht aufgrund des Geschlechts, einer Behinderung, des Alters, ihrer Herkunft, Religion, Familienform oder sexuellen Identität benachteiligt werden. Leider müssen wir dies immer noch betonen, darüber sprechen, dafür eintreten und dafür kämpfen. Gerade in Sachsen und im ländlichen Raum ist gelebte und akzeptierte Vielfalt keine gesellschaftliche Realität.

Deshalb setzen wir uns für Folgendes ein:

- Stärkung von Beratungsangeboten und Initiativen, die Antidiskriminierungsarbeit leisten, insbesondere die Stärkung innerhalb der community.
- Aufklärung und Bildungsarbeit, die dazu führt, dass unterschiedliche Lebensentwürfe gleichwertig akzeptiert werden.
- Fortführung der bestehenden Förderprogramme und Strukturen
- Landesantidiskriminierungsgesetz, das die Lücken des AGG schließt.

Unser Ziel sind Gemeinden, Städte und ein Landkreis, in denen alle Menschen so leben können, wie sie möchten.

2. Wie wollen Sie die Sichtbarkeit queerer Themen im Landkreis Meißen verbessern? Setzen Sie sich für eine Regenbogenbeflaggung öffentlicher Gebäude, beispielsweise am Christopher Street Day, als öffentlich sichtbares Bekenntnis zu sexueller und geschlechtlicher Vielfalt ein?

Auch im Landkreis Meißen, in der Stadt Riesa, wird der CSD gefeiert! Das finden wir richtig gut und unsere Jusos sind dabei. Gemeinsam demonstrieren wir an diesem Tag bunt und laut für Akzeptanz und Vielfalt und gegen Homo- und Transfeindlichkeit.

Das Hissen der Regenbogenflagge vor öffentlichen kommunalen Gebäuden befürworten wir. Denn so können wir z. B. zum Christopher Street Day mit der Regenbogenflagge ein sichtbares Zeichen für die Verbundenheit/Solidarität mit der LGBTIQ*-Gemeinschaft setzen.

3. Die kommunale Gleichstellungsarbeit ist primär auf die Gleichstellung von Männern und Frauen ausgerichtet. Wie stehen Sie dazu, diese Arbeit stärker für Lsbtiq Belange zu öffnen und die Zusammenarbeit von kommunalen Gleichstellungsbeauftragten, Verwaltung und queeren Beratungsstellen zu intensivieren?*

Das finden wir ein gutes Anliegen, dem wir gerne in den kommunalen Parlamenten Gehör verschaffen. Gleichstellungsanliegen gelten für alle Menschen, die Ungleichheit erfahren. Die Ungleichheiten zwischen Männern und Frauen auf der einen Seite sollen und dürfen nicht gegen die Ungleichheiten queerer Menschen auf der anderen Seite ausgespielt werden. Hierfür bedarf es der Fort- und Weiterbildung für kommunale Gleichstellungsbeauftragte.

4. Was wollen Sie tun, um eine sichere Unterbringung queerer Menschen mit Fluchterfahrungen im Landkreis Meißen zu gewährleisten? Setzen Sie sich für Personalschulungen in den jeweiligen Behörden und Geflüchtetenunterkünften ein?

Im Landesaktionsplan ist bereits festgehalten, dass die Leiterinnen und Leiter der Erstaufnahmeeinrichtungen informiert und sensibilisiert werden. Außerdem wurde das Gewaltschutzkonzept für diese Einrichtungen mit Blick auf LSBTI*-Personen angepasst und soll auch weiterhin weiterentwickelt werden.

Darüber hinaus setzen wir uns ein für die

- Stärkung des sächsischen Netzwerk für den Schutz, die sichere Unterbringung und weitere Betreuung von gewaltbetroffenen LSBTTIG-Geflüchteten

- finanzielle Ausstattung der Kommunen durch das Land, um Integrationsarbeit leisten zu können
- Sensibilisierung und Schulung der Haupt- und Ehrenamtlichen.

5. Was planen Sie, um Isbtiq Personen vor Gewalt und Hasskriminalität zu schützen? Werden Sie sich für einen niedrigschwelligen Zugang zu kommunalen Hilfsstrukturen einsetzen?*

Mit Sorge beobachten wir den Anstieg aggressiven Verhaltens gegenüber queeren Menschen. Die Angriffe gegen queere Menschen und Feminist:innen nehmen in Sachsen stetig zu – in Worten und Taten. Die Opfer haben unsere Solidarität und Unterstützung. Besonders wichtig ist uns daher der Gewaltschutz für queere Menschen. Hierfür braucht es effektive Schutzkonzepte und mehr Beratungs- und Unterstützungsangebote – in den Städten und auf dem Land – sowie eine landesweite Kampagne gegen Queerfeindlichkeit. Wir setzen uns dafür ein, dass jedes Opfer den Mut hat die Straftaten anzuzeigen, damit die Täter:innen vor Gericht landen.

Die Propaganda gegen Gleichstellung und LSBTIQ* ist in der Mitte der Gesellschaft angekommen, auch antifeministische Bewegungen erstarben. Dem müssen wir mit Aufklärung und Bildungsarbeit entgegentreten, um einer drohenden gesellschaftlichen Rolle rückwärts entgegenzuwirken. Projekte müssen hierfür bei ihrer Aufklärungsarbeit unterstützt werden. Das gilt insbesondere auch für die Aufklärung an Schulen.

Im Rahmen der sächsischen Polizeiarbeit haben wir dafür gesorgt, dass Ansprechpersonen für LSBTIQ* in der Polizei Sachsen etabliert wurden, die sich verantwortlich fühlen und dafür qualifiziert sind. Außerdem können Hasskommentare nunmehr leichter und schneller über die Online-Wache angezeigt werden; Betroffene können sich u.a. an die spezialisierte Zentrale Ansprechstelle für Opfer (rechts-)extremistischer Bedrohungen (ZASTEX) wenden und dort Hilfe erwarten.

Weil Rassismus, Nationalismus und gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit nicht nur das gesellschaftliche Klima vergiften, sondern auch für betroffene Menschen eine große Gefahr für Leib und Leben sind, stehen wir für konsequente Strafverfolgung und die Förderung von Präventionsarbeit ein.

6. Inwieweit wollen Sie eine sichtbare, offene Kinder- und Jugendarbeit für Isbtiq Personen im Landkreis Meißen schaffen und/oder Begegnungsräume erhalten und ausbauen?*

Wir bestärken Kinder und Jugendliche darin, so zu leben und sich zu definieren, wie sie das wollen. Queere Lebensentwürfe und die Aufklärung darüber gehören daher in den Lern- und Lebensalltag von jungen Menschen. Wir wollen, dass sie frei von Diskriminierung aufwachsen können, dafür braucht es Angebote in der Kinder- und Jugendarbeit, wie auch an allen Bildungseinrichtungen. Die Bildungsarbeit von Vereinen wie RosaLinde, Gerede und Different People schätzen wir sehr.

Kommunen prägen mit ihren Angeboten das Lebensumfeld von Kindern und Jugendlichen erheblich. Daher darf die örtliche Kinder- und Jugendhilfe auch bei schwieriger Haushaltslage nicht ins Hintertreffen geraten. Wir brauchen als Kommune hier finanzielle Unterstützung vom Land. Die SPD setzt sich daher auf Landesebene für ein Landesprogramm Kinder- und Jugendarbeit ein, um die Handlungsfähigkeit der Kommunen zu stärken.

Es ist uns wichtig, dass Kinder und Jugendliche mehr Vertrauen und Gestaltungsspielräume erhalten, um sich selbst zu entfalten und zu entwickeln. Selbständigkeit und Verantwortung muss man ausüben, um sie einüben zu können. Deshalb legen wir in unserer Jugendpolitik den Schwerpunkt auf Rechte und Freiräume.

Die Teilhabe von Jugendlichen an Entscheidungen, die ihr Leben und ihren Alltag betreffen, muss an allen Orten endlich selbstverständlich werden. Deshalb setzen wir uns für eine Demokratisierung der Schule, für eine Absenkung des Wahlalters und für die praktische Umsetzung kommunaler Kinder- und Jugendbeteiligung ein.

7. Setzen Sie sich für die Einführung von Unisex-Toiletten, beispielsweise in der eigenen Verwaltung, ein?

Wir setzen uns dafür ein, dass es neben den Toiletten für Männer und Frauen auch Unisex-Toiletten gibt. Dies soll insbesondere bei Neubauten berücksichtigt werden.

8. Wie stehen Sie zu geschlechtergerechter Sprache?

Sprache ist Bewusstsein. Wir drücken durch unsere Wortwahl aus, wie wir die Welt sehen. Der SPD Meißen ist es ein zentrales Anliegen die Welt solidarisch zu gestalten und dazu gehört unter anderem alle Menschen anzusprechen und mitzudenken. Es ist wissenschaftlich nachgewiesen, dass es einen Unterschied macht, ob von „Lehreren“, „Lehrerinnen und Lehrern“ oder „Lehrer*innen“ gesprochen wird.

Gleichzeitig leben wir in einer pluralen demokratischen Gesellschaft, in der niemandem vorgeschrieben wird, wie gesprochen werden muss. Mit * oder ohne, das entscheiden alle Sächsinen und Sachsen in der Arbeitswelt und im Privatleben selbst. Wir treten in den Dialog, setzen ein Statement durch unsere eigene Wortwahl und freuen uns über Debatten, denn am Ende überzeugt das stärkste Argument.

Die Verwaltungspraxis auf kommunaler Ebene ist verpflichtet, Bürger:innen in der Kommunikation entsprechend ihrem nach dem Personenstandsrecht eingetragenen Geschlecht zu adressieren. Seit dem Beschluss des Selbstbestimmungsgesetzes durch den Deutschen Bundestag - auch mit den Stimmen der SPD-Fraktion - wird es künftig einfacher sein, für Lsbtiq* Personen ihre geschlechtliche Identität bei den kommunalen Meldebehörden zu ändern und damit auch eine ihnen entsprechende Ansprache zu erfahren.

BÜNDNIS90/DIE GRÜNEN Kreisverband Meißen

1. Wie wollen Sie die Lebensqualität queerer Menschen im Landkreis verbessern? Was tun Sie beispielsweise gegen die oftmals allgegenwärtige Diskriminierung, die Lsbtiq Personen erfahren?*

BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN setzen sich aktiv für eine Bekämpfung der Diskriminierung von LSBTIAQ+ Personen ein. Unser Menschenbild und unsere Wurzeln in der Bürgerrechtsbewegung verpflichten uns zum Streiten gegen jede Diskriminierung und Benachteiligung.

Diskriminierung begegnet queeren Menschen in den vielfältigsten Formen, entsprechend umfassend muss ihr entgegengetreten werden. Gerade im ländlichen Raum gilt es Akzeptanz für Vielfalt zu schaffen. Ein erster Schritt ist die Herstellung von Sichtbarkeit. Der Kampf gegen Diskriminierung ist eine gesamtgesellschaftliche Aufgabe über alle Ebenen staatlichen Handelns hinweg und damit auch eine Aufgabe der Kommunalpolitik.

Die Lebensqualität von LSBTIAQ+ Personen wird nicht nur durch ein akzeptierendes Miteinander im kommunalen Umfeld verbessert, es sind auch politische Weichenstellungen größerer Reichweite geboten. Deshalb fordern wir BÜNDNISGRÜNEN (auch im Hinblick auf die Landespolitik):

- a) Sensibilisierung für die spezifischen Bedürfnisse von trans* und intergeschlechtlichen Menschen im Gesundheitswesen: Die Aus- und Fortbildung für Ärzt*innen* wie Pflegepersonen im Gesundheitswesen soll stärker auf gleichgeschlechtliche Lebensweisen, trans* und inter Personen sowie die Auswirkungen von Queerfeindlichkeit eingehen.
- b) Förderung der Kinderwunschbehandlung auch für gleichgeschlechtliche weibliche Paare, trans* und intergeschlechtliche sowie nichtbinäre Personen.
- c) Ausbau und Verstetigung von Beratungsmöglichkeiten für Kinder und Jugendliche sowie Eltern von LSBTIAQ+ Personen und LSBTIAQ+ Eltern.
- d) Schulen müssen sichere Orte für alle Kinder unabhängig von sexueller Orientierung und geschlechtlicher Identität sein. Entsprechend sind queere Inhalte in der Aus- und

Weiterbildung pädagogischer Fachkräfte zu berücksichtigen und auch obligatorischer Bestandteil von Lehrplänen werden.

- e) Stärkere Beachtung der Belange älterer und pflegebedürftiger LSBTIAQ+ Personen in der Altenpflege und auch in der sächsischen Senior*innenpolitik allgemein. Diese müssen stärker in die Gestaltung von Angeboten mit eingebunden und die Fach- und Pflegekräfte entsprechend geschult werden.

2. Wie wollen Sie die Sichtbarkeit queerer Themen im Landkreis verbessern? Setzen Sie sich für eine Regenbogenbeflaggung öffentlicher Gebäude, beispielsweise am Christopher Street Day, als öffentlich sichtbares Bekenntnis zu sexueller und geschlechtlicher Vielfalt ein?

Die Durchführung von CSD im Landkreis müssen etabliert und ausgebaut werden. Mit dem CSD Riesa ist ein erster Schritt getan, weitere Städte, insbesondere Meißen, müssen folgen. Der CSD muss als festes Ereignis durch den Landkreis und die Städte, in denen er ausgetragen wird, gestärkt werden, um als positives Vorbild und Beispiel für die vielen progressiven Kräfte in der Region wirken zu können. Wir werden uns dafür einsetzen, dass der Christopher Street Day von den Genehmigungsbehörden stets als das behandelt wird, was er ist: eine politische Versammlung. Als solche fällt der CSD fraglos unter den besonderen Schutz des Demonstrationsrechts. Die Regenbogenflagge ist das Zeichen des klaren Bekenntnisses für Vielfalt, Selbstbestimmung und Akzeptanz. Wir befürworten die Beflaggung öffentlicher Gebäude anlässlich von Aktionstagen wie dem IDAHOBIT und dem Christopher Street Day nachdrücklich.

3. Die kommunale Gleichstellungsarbeit ist primär auf die Gleichstellung von Männern und Frauen ausgerichtet. Wie stehen Sie dazu, diese Arbeit stärker für lsbtqi Belange zu öffnen und die Zusammenarbeit von kommunalen Gleichstellungsbeauftragten, Verwaltung und queeren Beratungsstellen zu intensivieren?*

Die kommunale Gleichstellungsarbeit ist ein bedeutsamer Pfeiler der Bemühungen zur Beseitigung struktureller Ungerechtigkeiten und Ungleichbehandlung. Die Gleichstellung von Frauen und Männern ist noch lange nicht abgeschlossen, im Gegenteil drohen die Erfolge vergangener Jahrzehnte durch eine Konjunktur rückwärtsgewandter patriarchalischer Gesellschafts- und Familienkonzepte infrage gestellt zu werden. Die Ausweitung der Gleichstellungsbemühungen und eine stärkere Berücksichtigung von LSBTIAQ+-Belangen sehen wir keineswegs im Widerspruch zu einer Intensivierung dieser Gleichstellungsarbeit.

Bei allem Engagement der kommunalen Gleichstellungsbeauftragten ist allerdings auch die mitunter mangelnde kommunalpolitische Unterstützung durch eine nicht hinlängliche finanzielle und personelle Ausstattung und auch durch Professionalisierungslücken festzustellen. Auch vor diesem Hintergrund setzen wir uns dafür ein, die Ausweitung der Gleichstellungsarbeit auf LSBTIAQ+-Belange nicht einfach in den bestehenden Personalstrukturen umzusetzen, sondern – zunächst auf der Ebene des Landkreises – eine*n* Vielfaltsbeauftragte*n* zu schaffen. Die konkreten Arbeitsaufgaben dieser Stelle sollten in enger Abstimmung mit zivilgesellschaftlichen Vertreter*innen* der LSBTIAQ+-Belange festgelegt werden. Selbstverständlich muss zu diesen Aufgaben dann ein intensiver Austausch mit Beratungsstellen und Initiativen gehören.

4. Was wollen Sie tun, um eine sichere Unterbringung queerer Menschen mit Fluchterfahrungen im Landkreis zu gewährleisten? Setzen Sie sich für Personalschulungen in den jeweiligen Behörden und Geflüchtetenunterkünften ein?

Für uns BÜNDNISGRÜNE ist klar: Sachsen muss ein sicherer Hafen für Menschen sein, die fliehen mussten. Die Unterbringungssituation in Gemeinschaftsunterkünften ist für LSBTIAQ+ Personen

besonders kritisch einzuschätzen. Sie sehen sich hier nicht selten Anfeindungen ausgesetzt. Wir setzen uns prinzipiell für die bevorzugte Unterbringung in dezentralen Unterkünften ein. Besonders dringlich muss dies für Menschen marginalisierter Gruppen erfolgen, neben LSBTIAQ+ Personen sind dies beispielsweise auch Minderjährige, alleinreisende Frauen und Menschen mit Behinderung. Die Aufenthaltsdauer in Aufnahmeeinrichtungen muss dazu verbindlich zeitlich befristet werden.

Um die Situation von LSBTIAQ+ Geflüchteten auch kurzfristig in Gemeinschaftsunterkünften zu verbessern, fordern wir in diesen die Bereitstellung sicherer Räume, Gewaltschutzkonzepte, einheitliche Hausordnungen und medizinisches Personal. Eine Schulung der Mitarbeitenden, aber auch Dolmetschenden und Sensibilisierung für die Schutzbedürfnisse von Personen marginalisierter Gruppen halten wir für zwingend erforderlich. Bei der Auswahl und Beauftragung von Sicherheitsfirmen und -personal sollten der Vielfaltsaspekt, aber auch entsprechende Kenntnisse des Personals eine wichtige Rolle spielen

5. Was planen Sie, um Isbtiq Personen vor Gewalt und Hasskriminalität zu schützen? Werden Sie sich für einen niedrigschwelligen Zugang zu kommunalen Hilfsstrukturen einsetzen?*

Wir BÜNDNISGRÜNE machen uns stark für einen Schutz vor Straftaten aufgrund gruppenspezifischer Menschenfeindlichkeit. Die Arbeit von Polizei, Justiz, aber auch kommunaler Behörden muss sensibilisiert werden. Bedrohungen und Gefährdungslagen sind ernster zu nehmen und konsequent zu verfolgen, zivilgesellschaftliches Engagement ist zu unterstützen. Mit der Einrichtung der Stelle der Ansprechperson für LSBTIAQ+ Personen in der sächsischen Staatsanwaltschaft ist uns ein wichtiger Fortschritt zur konsequenteren Verfolgung von Hasskriminalität gelungen. Dies ist ein Anfang In den nächsten Jahren muss intensiv daran gearbeitet werden, Hemmnisse für eine Meldung von Vorfällen abzubauen und Vertrauen herzustellen.

Kommunale Hilfsstrukturen bzw. kommunal geförderte Unterstützungsangebote freier Träger sollten prinzipiell niedrigschwellig zugänglich sein. Wir setzen uns für deren Einführung und die Unterstützung entsprechender Initiativen ein.

6. Inwieweit wollen Sie eine sichtbare, offene Kinder- und Jugendarbeit für Isbtiq Personen im Landkreis schaffen und/oder Begegnungsräume erhalten und ausbauen?

Wir BÜNDNISGRÜNE halten eine sichtbare und niedrigschwellige offene Kinder- und Jugendarbeit für LSBTIAQ+ Personen im Landkreis Meißen für wichtig. Spezielle Angebote sollten von den unterschiedlichen Trägern organisiert und durch den Kreistag dauerhaft verlässlich finanziert werden.

7. Setzen Sie sich für die Einführung von Unisex-Toiletten, beispielsweise in der eigenen Verwaltung, ein?

BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN setzen sich für die Einführung von Unisex-Toiletten in der Verwaltung ein. Die Einführung von Unisex-Toiletten ist wichtig, um Menschen, die sich weder als männlich noch weiblich verorten, sowie Personen, die sich in einanderem Geschlecht verorten, als ihnen von ihren Mitmenschen zugeschrieben wird, die Möglichkeit zu geben, Toiletten zu nutzen, die ihrer Identität entsprechen. Dies trägt zur Schaffung eines inklusiven und respektvollen Umfelds bei und verhindert Irritationen und Anfeindungen, die diese Personen sonst erleben könnten. Die Einführung von Unisex-Toiletten ist durch Beschilderung leicht umsetzbar und durch die Einbeziehung bestehender Toilettenräume kosteneffizient möglich. Die Ausstattung mit kostenlosen Menstruationsartikeln machen wir zum Standard.

8. Wie stehen Sie zu geschlechtergerechter Sprache?

Uns BÜNDNISGRÜNEN ist eine Sprache wichtig, die alle Menschen anspricht, ohne Ungleichheiten oder Abhängigkeiten abzubilden und zu verfestigen. Sie sollte auch für alle Menschen verständlich sein, bspw. in Form einer Leichten Sprache. Geschlechtergerechte Sprache ist inklusiv und sensibilisiert für die Geschlechtergerechtigkeit. Die Verwendung geschlechtergerechter Sprache ist daher vor allem in der Verwaltung und in der Politik wichtig und kann so gesamtgesellschaftlich vorangebracht werden. Als BÜNDNISGRÜNE machen wir uns stark für die Verwendung geschlechtergerechter Sprache. Wir setzen uns entschieden gegen Sprachverbote ein.

FDP Kreisverband Meißen

1. Wie wollen Sie die Lebensqualität queerer Menschen im Landkreis Meißen verbessern? Was tun Sie beispielsweise gegen die oftmals allgegenwärtige Diskriminierung, die Lsbtiq Personen erfahren?*

Die FDP steht für Freiheit und dafür, dass jeder Mensch liberal seines eigenen Glückes Schmied werden kann. Dazu gehört auch seine oder ihre sexuelle Identität. Wir schützen queeres Leben im Alltag, in dem wir Haltung zeigen. Dies beschränkt sich nicht nur auch auf queere Mitglieder, die wir natürlich auch haben. Authentische Haltungen für Freiheit und Rechtsstaatlichkeit sind das beste Mittel, um Homophobie etc. zu bekämpfen.

2. Wie wollen Sie die Sichtbarkeit queerer Themen im Landkreis Meißen verbessern? Setzen Sie sich für eine Regenbogenbeflaggung öffentlicher Gebäude, beispielsweise am Christopher Street Day, als öffentlich sichtbares Bekenntnis zu sexueller und geschlechtlicher Vielfalt ein?

Wichtiger als Beflaggung, gegen die wir grundsätzlich nichts einzuwenden haben, ist es für Akzeptanz im Alltag einzustehen. Wir möchten uns nicht mit Symbolik begnügen, sondern den Menschen in Meißen ermöglichen, ein queeres Leben ohne Diskriminierung in allen Teilen des Landkreises zu leben.

3. Die kommunale Gleichstellungsarbeit ist primär auf die Gleichstellung von Männern und Frauen ausgerichtet. Wie stehen Sie dazu, diese Arbeit stärker für Lsbtiq Belange zu öffnen und die Zusammenarbeit von kommunalen Gleichstellungsbeauftragten, Verwaltung und queeren Beratungsstellen zu intensivieren?*

Wir sprechen uns gegen weitere Formen der Bürokratie aus. Die Beteiligungsrechte im öffentlichen Dienst stehen bereits jetzt einer schlanken Verwaltung diametral entgegen. Formen der intensiveren Beratung dürfen also gern inhaltlich breiter aufgestellt werden, aber nicht zu weiterem Stellenaufwuchs oder mehr Beteiligungsrechten führen.

4. Was wollen Sie tun, um eine sichere Unterbringung queerer Menschen mit Fluchterfahrungen im Landkreis Meißen zu gewährleisten? Setzen Sie sich für Personalschulungen in den jeweiligen Behörden und Geflüchtetenunterkünften ein?

Queere Menschen gibt es in allen Gesellschaftsschichten und Altersstrukturen. Es ist nicht ersichtlich, warum hier besonders/anders geschult werden sollte. Es geht darum, die gesamte Gesellschaft zu ermuntern, Homophobie und Queer-Feindlichkeit Einhalt zu gebieten. Problematisch ist aus unserer Sicht jedoch auch, dass unter Migrant*innen nicht selten ein hoher Grad

an Homophobie „mitgebracht“ wird. Die Arbeit innerhalb des Ankommens-Managements muss also sofort auch klar machen, dass dafür in Deutschland keinerlei Platz ist.

5. Was planen Sie, um Lsbtiq Personen vor Gewalt und Hasskriminalität zu schützen? Werden Sie sich für einen niedrigschwelligen Zugang zu kommunalen Hilfsstrukturen einsetzen?*

Niemand sollte im Landkreis Meißen in Angst leben. Der Einsatz für die in der Frage genannten Strukturen liegt uns nicht zuletzt als Rechtsstaatspartei am Herzen. Wie in jedem Fall von Gewalt und Hasskriminalität raten wir, den allgemeingültigen Rechtsweg einzuschlagen.

6. Inwieweit wollen Sie eine sichtbare, offene Kinder- und Jugendarbeit für Lsbtiq Personen im Landkreis Meißen schaffen und/oder Begegnungsräume erhalten und ausbauen?*

Das Outing stellt für einen queeren Menschen vielleicht den wichtigsten Schritt in der Persönlichkeitsentwicklung und Sozialisation dar. Viele Menschen erleben die Zeit dorthin, aber natürlich auch danach als belastend und herausfordernd. Wir erkennen diese Nöte an und sind der Überzeugung, dass der Landkreis Meißen auch für queere Menschen eine Heimat sein muss. Die Kinder- und Jugendarbeit für queere Schülerinnen und Schüler hat unsere volle Unterstützung.

7. Setzen Sie sich für die Einführung von Unisex-Toiletten, beispielsweise in der eigenen Verwaltung, ein?

Getrennte Toiletten für Männer und Frauen haben sich als zweckmäßig erwiesen. Wir sind uns der Problematik bewusst, die einige Menschen mit der Findung ihrer geschlechtlichen Identität haben können. Wir treten als Liberale für gesellschaftliche Offenheit, Akzeptanz und Unverkrampftheit auch bei diesem Thema ein. Angesichts der Kosten, die durch die baulichen, einrichtungstechnischen und sicherheitstechnischen Maßnahmen bei zusätzlicher Errichtung von Unisex-Toiletten in öffentlichen Gebäuden entstehen, kann es nicht Aufgabe der Allgemeinheit sein, die Kosten bei der Definition der jeweiligen individuellen geschlechtlichen Identität zu tragen.

8. Wie stehen Sie zu geschlechtergerechter Sprache?

Jedwede Form der politischen Instrumentalisierung von Sprache von rechts oder links lehnen wir ab. Wir halten uns an Empfehlungen des Rats für deutsche Rechtschreibung, der z. B. den Gender-Stern nicht empfiehlt. Wir stehen für Doppelnennungen im Rahmen des generischen Femininums, sprechen uns aber gegen unlogische Partizipialkonstruktionen aus: ein Backender ist etwas anderes als ein Bäcker, ein Fahrender etwas anderes als ein Fahrer.